

HAUSHALT 2020

Irritationen um vermeintlich gesunkenen Bildungsetat

HANNES REINHARDT

zwd Berlin. 69 Millionen Euro weniger im Bildungsbereich als 2019: So sieht der am 26. Juni von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorgestellte Haushaltsplan für das kommende Jahr aus. In den Eckwerten waren sogar Kürzungen von über 500 Millionen Euro geplant gewesen. Auf den zweiten Blick stellt sich die Sachlage jedoch anders dar.

Fatales Signal“, „darf nicht das letzte Wort sein“: Deutlich, aber zurückhaltend hatte Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) Ende April in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ die Kritik an den Haushaltseckwerten formuliert. Das letzte Wort war mit den seinerzeit behandelten Kürzungen im Bildungsetat von 534 Millionen Euro dann in der Tat nicht gesprochen. Von einer Kürzung betroffen ist der entsprechende Einzelplan dennoch: So sinkt Karliczeks Budget in 2020 von 18,27 auf 18,20 Milliarden Euro. Laut der mittelfristigen Finanzplanung steigt es ab 2021 bis 2023 jedoch wieder jährlich an, auf dann über 18,6 Milliarden Euro. „In diesen vier Jahren investieren wir über 100 Milliarden Euro zusätzlich in Bildung und Forschung“, erklärte der Bundesfinanzminister. Im kommenden Jahr bereits soll es u.a. eine Milliarde Euro für den Ausbau der Ganztagschulen geben (siehe auch Seite 19-20). Auch für die BAföG-Erhöhung und den Digitalpakt Schule (aus technischen Gründen nicht im Bildungs-, sondern beim Etat des Finanzministeriums eingestellt) ist vereinbarungsgemäß Geld eingeplant; die neuen Hochschulpakete dagegen müssen erst ab 2021 eingerechnet werden.

„Die im Bildungsetat eingesparten 70 Millionen Euro steckt Scholz in die Erhöhung des Rentenzuschusses“, kritisierte der

haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Otto Fricke. Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH), forderte die Bundesregierung auf, die Schwerpunkte in den Zukunftsfeldern Bildung und Digitalisierung zu setzen. „Das lässt die derzeitige Haushaltsplanung leider vermissen.“ Die SPD-Bundestagsfraktion wies die Kritik zurück. „Auf der anderen Seite stehen massive Ausweitungen. 125 Millionen zusätzlich für das Aufstiegs-BAföG, mehr für Projekte für den digitalen Wandel in Bildung und Forschung, Personalgewinnung an Fachhochschulen, Begabtenförderung, Informationstechnologie, Forschungsinfrastrukturen und vieles mehr“, sagte der zuständige Berichterstatter Swen Schulz. Er kündigte an, seine Fraktion werde in den parlamentarischen Beratungen weitere Verbesserungen prüfen. Eine ausführliche Einordnung des neuen Bildungshaushalts und der Programmatik der Großen Koalition lesen Sie unten im Interview mit dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses, Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD).

Der Haushalt wird voraussichtlich im September erstmals auf der Tagesordnung des Bundestages stehen. Die endgültige Beschlussfassung ist dort für Ende November, im Bundesrat für Dezember geplant. ■



DR. ERNST DIETER ROSSMANN (SPD)

„Frau Karliczek hat netto sogar mehr Geld zur Verfügung“

HANNES REINHARDT

zwd Berlin. Mit kaum etwas können sich Politiker*innen unbeliebter machen als mit dem Plan, Geld in der Bildung zu kürzen. Was steckt also hinter dem Vorstoß des Bundesfinanzministers? Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für

Bildung und Forschung, Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD), stellt im zwd-POLITIKMAGAZIN exklusiv klar: Die Kritik am neuen Bildungshaushalt ist unberechtigt.

zwd-POLITIKMAGAZIN: Herr Dr. Rossmann, die Einsparungen im Bildungsbereich haben für Kritik und Unverständnis gesorgt. Zu Recht?

Dr. Ernst Dieter Rossmann: Es sieht zwar auf den ersten Blick so aus, als ob für den Einzelplan 30, den Haushalt von Frau Karliczek also, der Betrag wirklich von 18,270 Millionen Euro auf 18,201 Millionen Euro im Haushalt 2020 sinkt. Das ist ja nur ein oberflächlicher, von wenig Sachkunde und Hintergrundwissen bestimmter Blick. Denn diesem numerischen Rückgang von 69 Millionen

Euro steht der Wegfall eines durchlaufenden Postens an die Länder in Höhe von 714 Millionen Euro gegenüber, so dass es realiter ein ordentliches Plus gibt, das sie in ihrem Ressortbereich nach den jüngsten Zahlen zusätzlich in 2020 gestaltend ausgeben kann. Bei diesem durchlaufenden Posten handelt es sich um die Kompensationsmittel, zu deren Zahlung der Bund sich gegenüber den Ländern für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2019 wegen der weggefallenen Mittel des Bundes an den Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau (695 Mio. Euro) und Bildungsplanung (19 Mio. Euro) noch jährlich verpflichtet hat. Und das sogar ohne

Zweckbindung, so dass die Länder diese Mittel für alles und nicht automatisch nur für Bildung und Wissenschaft ausgeben konnten. Darüber hinaus erwarten die Länder ab 2020 9,7 Milliarden Euro zusätzlich aus den neu geordneten Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Das ist für die Länder und hoffentlich auch für die Bildung und die Wissenschaft ein wirklich gutes Geschäft. Deshalb beschwert sich ja auch kein einziges Bundesland. Und für Frau Karliczek gibt es, wie gesagt, netto mehr Geld und mehr Gestaltungsspielraum. Olaf Scholz als Finanzminister ist hier überhaupt kein Vorwurf zu machen, weder von der Ministerin noch von den Oppositionsparteien, zumal ja auch noch die Mittel für den Digitalpakt Schule, in der Gesamthöhe von fünf Milliarden Euro bis 2023 und einer Anschubfinanzierung in Höhe von 720 Millionen Euro, sowie für die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung vom Finanzminister geschultert werden. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind für 2020 und für die Folgejahre echte Gewinner und keine Sparbüchse. Zusammen mit mehr gesetzlich gesicherten Mitteln für das neue BAföG stehen über eine Milliarde Euro 2020 zusätzlich bereit. Das Gerede von den Kürzungen für 2020 ist jedenfalls großer Quatsch und hat wohl bei den meisten mit Unkenntnis und bei einigen mit Boshaftigkeit zu tun.

Ministerin Karliczek war Scholz Ende April über die Medien angegangen. Zu diesem Zeitpunkt war von Kürzungen in Höhe von über 500 Millionen Euro die Rede. Zeigt das ihre Verzweiflung, wenn Frau Karliczek über die Medien ihren Standpunkt verbreitet?

Zur Verzweiflung hat sie ja real keinen Grund. Die Priorität Bildung, Wissenschaft und Forschung wird mit dem Plus im Einzelplan 30 weitergeführt und mit den anderen Großvorhaben ja erst recht. Die Ministerin wird hier wohl eher gedacht haben, dass sie mit den Wölfen ein bisschen heulen musste. Es gibt da ja auch einige Scharfmacher bei der CDU und der CSU und auch in den einschlägigen Medien, die ein besonderes Interesse daran haben, auch ohne Grund und wider besseres Wissen dem Finanzminister am Zeug flicken zu müssen. Von den Fakten her ist das überhaupt nicht gedeckt. Und es ist auch undankbar gegenüber dem Finanzminister, der ja schließlich auch für die Ministerin beim Digitalpakt die Kohlen aus dem Feuer geholt hat und auch bei den drei großartigen Pakten, die jetzt zwischen dem Bund und den Ländern verabschiedet worden sind, wirklich sehr hilfreich gewesen ist. Hier soll eine negative Legende gegen den Finanzminister von der SPD und auch gegen die SPD insgesamt aufgebaut werden. Das gehört sich nicht und da muss dann auch ein klares Wort mit klaren Fakten dagegensetzt werden. Genauso klar ist aber auch, dass wir uns als Bildungs- und Wissenschaftspolitiker natürlich dafür einsetzen, mögliche Finanzspielräume und Finanzzuwächse auch für die weitere Förderung von Bildung und Wissenschaft und Forschung im Bundshaushalt zu nutzen. Das tun wir aber aus Überzeugung und Engagement für die Sache, und nicht um den Koalitionspartner schlechtzumachen und den Finanzminister aus durchsichtigen Gründen in die Ecke zu stellen. Mit guten überzeugenden Argumenten haben wir es dann ja auch hinbekommen, dass der Finanzkorridor, der für das BAföG im Koalitionsvertrag noch auf eine Milliarde Euro begrenzt gewesen ist, jetzt auf 1,3 Milliarden Euro für diese Legislaturperiode hochgewachsen ist. Das ist das Ergebnis von Beharrlichkeit, guter Sacharbeit und echter Unterstützung durch den Finanzminister.

Auffällig war, dass Karliczek von Seiten der Unions-Bundestagsfraktion niemand öffentlich beigesprungen ist. Was steckt da eigentlich dahinter?

Ich will da nichts „hineingeheimnissen“. Die Koalition macht im Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung wirklich gute Arbeit. Dafür stehen die Einigung mit den Ländern bei den Pakten für die Hochschulen und deren Grundfinanzierung, die Verbesserung der Hochschullehre und der Pakt für die Forschung. Die dort festgelegten jährlichen Mittelsteigerungen sind eine stolze Garantie, von denen die Forschung in anderen Ländern nur träumen kann. Das ist alles große Klasse und entsprechend sind diese Ergebnisse dann auch von den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin unterzeichnet und gewürdigt worden. Wir haben eine gute BAföG-Reform durch das Parlament gebracht – mit viel sehr harscher Kritik und verbaler Ablehnung von den Oppositionsparteien, und am Ende hat sich keine der vier Oppositionsparteien getraut, gegen das gute Ergebnis zu stimmen. CDU/CSU und SPD dafür und alle anderen mit Enthaltung – von der Linkspartei über die Grünen bis zur FDP und AfD. Das ist doch ein Kompliment für die Regierungskoalition. Bei der Reform des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes werden wir da hoffentlich nachziehen können. Der Gleichklang in der Förderung von Schülern und Studenten sowie Menschen in der beruflichen Qualifizierung ist uns sehr wichtig. Für die SPD ist das jedenfalls ein Essential. Und für die Mindestausbildungsvergütung zeichnet sich jetzt ja auch zusammen mit den Sozialpartnern eine ordentliche Lösung ab. Hier war Frau Karliczek mit ihrer Festlegung auf das Schüler-BAföG für die Förderhöhe ja leider auf dem Holzweg. Die Sozialpartner haben ihr hier aus der Patsche geholfen. Vielleicht sind einige aus der CDU und der CSU auch ja deshalb eher sparsam in der Unterstützung für die Ministerin. Ich kann nur sagen, dass es doch in Wirklichkeit immer auf die Ergebnisse in der Sache bei der Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ankommen sollte und da haben wir in der Sache im Parlament wirklich gute Ergebnisse erzielen können wie z.B. beim BAföG.

Wäre es denn nicht möglich gewesen, die nicht abgerufenen BAföG-Mittel für andere Zwecke im BMBF-Etat einzuplanen? Immerhin haben Union und SPD im Koalitionsvertrag im Bildungsbereich einen „großen Wurf“ angekündigt.

Nicht abgerufene Mittel sind natürlich kein Ruhmesblatt, zumal in dieser Höhe. Grundsätzlich ist das BAföG ja eine gesetzliche Leistung. Die rechtlichen Ansprüche und beantragten Leistungen müssen dann auch ausfinanziert werden. Wenn in der Vergangenheit zu wenig von den bereitgestellten Mitteln an die Schüler und Studenten geflossen ist, spricht doch alles für eine BAföG-Reform, wie wir sie jetzt gemacht haben: Mit deutlich mehr BAföG-Berechtigten, mit einer deutlichen Verbesserung der Leistungen und auch mit einer leichteren Beantragung der Mittel. Dazu kommen muss jetzt die Aufklärung und auch die Werbung für das BAföG, damit das neue verbesserte Gesetz dann auch wirklich seine Wirkung entfaltet und wir die Trendumkehr hinbekommen. Das BAföG und auch das Meister-BAföG – oder wie es jetzt heißt: das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – sind die großen sozialen Förderungsgesetze für die Bildung und wir müssen jetzt alles tun, damit diese Unterstützungen noch bekannter und noch populärer und noch wirksamer werden. Für diesen großen Wurf müssen wir jetzt alle bei der Umsetzung des neuen Gesetzes arbeiten. Also: Nicht schlechtmachen, sondern mitmachen ist angesagt.